

Wirksam arbeiten gegen Rechts **Positionen des Vereins Rheinhessen gegen Rechts e. V.**

In den aktuellen Zeiten ist die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für eine starke Demokratie wichtiger denn je. Die Entwicklungen der letzten Jahre machen deutlich, dass es eine nicht nur abstrakte Bedrohung von Rechts gibt. Aus diesem Grund ist ein entschlossenes Handeln gegen Rechtsextremismus auf allen Ebenen wichtig.

Zivilgesellschaftliche Initiativen, wie der Verein Rheinhessen gegen Rechts e. V., engagieren sich seit vielen Jahren gegen Rechtsextremismus in der Region.

Rheinland-Pfalz verfügt bereits jetzt über ein breit aufgestelltes Angebot an Unterstützungsmöglichkeiten. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus wurde in den letzten Jahren verstärkt und verstetigt. Auf der anderen Seite steigen allerdings auch die Anforderungen, um ein wirksames Handeln zu ermöglichen - und zwar sowohl quantitativ wie auch qualitativ. Dabei sollten aus Sicht des Vereins Rheinhessen gegen Rechtsextremismus zwei Säulen unterschieden werden: Prävention und Repression. Die Übergänge dabei sind jedoch fließend.

In den kommenden Jahren wird es daher darum gehen, die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für eine freiheitliche, demokratische Gesellschaft weiter zu stärken. Hierzu gehört aus unserer Sicht:

1. Verstetigung und Ausbau der Unterstützungsangebote

Rheinland-Pfalz verfügt über ein vielfältiges Netz an Unterstützungsangeboten. Für regionale Initiativen ist die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (Beratungsknoten) ein wichtiger Partner. Sie unterstützen und fördern anlassbezogen zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus und auch Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Rheinhessen gegen Rechts begrüßt ausdrücklich die jüngste Entscheidung des Bundeskabinetts, die Prävention durch eine Unterstützung der politischen Bildung zu stärken. Auch das Land Rheinland-Pfalz sollte weiterhin und verstärkt die politische Bildung im Land und insbesondere Strukturen und Projekte gegen Rechtsextremismus und für Demokratie stärken.

- ➔ *Dieser Position stimmen wir zu und begrüßen ausdrücklich die Maßnahmen zur politischen Bildung. In unserer Gesellschaft darf es keinen Platz für Hass und Hetze geben und diese Realität müssen wir unseren Kindern so früh wie möglich vermitteln und transportieren. Dabei sollten sowohl die analoge wie die digitale Welt in die politische Bildung mit einbezogen werden. Gerade heute, wo politische Meinungsbildung viel im Netz und auf den sozialen Netzwerken stattfindet, ist es wichtig, dass jedes Kind in der Schule eine politische Grundbildung erhält, um Fakten von Fakenews und verlässliche von*

populistischen und extremen Quellen zu unterscheiden. Der politischen Bildung kommt hier also eine Schlüsselrolle zu.

2. Schaffung eines Demokratiefördergesetzes

Der Verein Rheinessen gegen Rechts e. V. begrüßt die Ankündigung von Bundesministerin Dr. Giffey, ein Demokratiefördergesetz auf den Weg zu bringen, um Planungssicherheit und Kontinuität in der Arbeit gegen Rechtsextremismus zu schaffen. Wir bitten die Landesregierung Rheinland-Pfalz diese Initiative nach Möglichkeit zu unterstützen.

Damit meinen wir ein neues Gesetz zur ausdrücklichen Förderung der Demokratie. Dieses muss unmissverständlich klar machen, dass es auch Aufgabe des Staates ist, die demokratische Bildung junger Menschen auf allen Ebenen zu organisieren. Zum Beispiel bei der politischen Bildung junger Menschen gibt es Nachholbedarf. In vielen Bereichen muss man von Modellprojekten zu einer strukturellen Förderung kommen. Viele gesellschaftliche Projekte zur Stärkung der Demokratie haben nur eine befristete Finanzgrundlage. Wir brauchen jedoch eine stabile Rechtsgrundlage, um Initiativen längerfristig und verlässlich fördern zu können. Es ist deshalb gerade jetzt Zeit für ein Demokratiefördergesetz, ein Gesetz für eine starke Zivilgesellschaft. Das schafft für alle Beteiligten Planungssicherheit und Kontinuität. Wir brauchen das Gesetz, um dauerhaft für unsere Demokratie einzutreten und Radikalisierung entgegenzuwirken. Demokratieförderung ist eine dauerhafte Aufgabe, weil sie lebensnotwendig ist für ein demokratisches Land.

→ *Die Demokratie in unserem Land ist kostbar, aber nicht selbstverständlich. Das Vertrauen in die Parteien und Institutionen muss daher immer wieder neu erarbeitet und verdient werden. Die CDU begrüßt ausdrücklich Initiativen zur Demokratieförderung sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von rechtem, linken oder islamistischem Terrorismus, Projekte zur Prävention von Straftaten und Hass und Hetze. Ein Gesetz zur Demokratieförderung sehen wir jedoch als schwierig an. Was wir brauchen, sind doch vor allem Projekte im Bereich der schulischen und außerschulischen politischen Bildung, z.B. die Förderung von Jugendvereinen. Darüber hinaus benötigen wir – nicht nur für bereits bestehende Initiativen – Qualitätsstandards und -kontrollen, um die Wirksamkeit der Präventionsmaßnahmen zu überprüfen, diese bei Bedarf an neue Gegebenheiten anzupassen und so die Maßnahmen zu stärken. Mit am wichtigsten sind jedoch starke Kommunen, denn eine starke Demokratie vor Ort legt die Basis für unsere Politik.*

3. Konsequentes Handeln gegen Hasskriminalität – Selbstverpflichtung

Die neuen Medien lassen leider auch eine zunehmende Enthemmung einiger erkennen. Hassbotschaften, Bedrohungen und Beleidigungen werden gepostet, geteilt und verbreitet. Daher begrüßen wir die Bemühungen auf Bundesebene,

Hasskriminalität im Internet stärker entgegenzutreten.

Insbesondere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, aber auch ehrenamtlich Engagierte in der Demokratie-, Gedenk- und Flüchtlingsarbeit werden immer wieder Ziel von Anfeindungen. Leider werden viele Straftaten nicht zur Anzeige gebracht. Um Hasskriminalität bereits von Anfang an auch mit rechtlichen Mitteln zu begegnen, ist es jedoch wichtig, dass die Straftaten zur Anzeige gebracht werden. Wir schlagen daher unter den politischen Akteuren eine Selbstverpflichtung vor, dass sämtlich strafrechtlich relevante Posts, Tweets oder auch E-Mails angezeigt werden.

Ehrenamtlich Aktive sind oftmals Bedrohungen ausgesetzt. Zum Schutz der betroffenen, ist die Einrichtung einer Beschwerdestelle wünschenswert, die auch anonyme Hinweise entgegennimmt.

→ *Wir pflichten Ihnen bei, dass in den Sozialen Medien die Hemmschwelle für Hasskommentare oder Beleidigungen gegenüber anderen Mitmenschen niedriger ist als in der analogen Welt. Zwar kann man Hass nicht per Gesetz verbieten, man kann jedoch den Raum für Hass und Hetze so gering wie möglich halten. Durch ein Gesetz zu Bekämpfung von Hasskriminalität können wir der sinkenden Hemmschwelle entgegenwirken und frühzeitig verhindern, dass aus Worten Taten werden. Hierbei geht es jedoch nicht darum, das Grundrecht der Meinungsfreiheit einfach so zu beschränken, sondern vielmehr den Schutz der Opfer und die Prävention in den Mittelpunkt zu stellen. Für uns Christdemokraten gilt Opferschutz vor Täterschutz. Schlussendlich ist unser Ziel, präventiv Straftaten vorzubeugen und mit den Maßnahmen so ansetzen, dass diese Straftaten gar nicht erst entstehen können.*

Daher muss zivilgesellschaftliches Engagement besonders geschützt werden. Die Sicherung von Recht und Freiheit hat daher oberstes Gebot. Durch gründliche, aber zügige Ermittlungen müssen die Strafverfolgung und die Strafprozesse ohne Verzögerungen durchgeführt und die Straftäter entsprechend angemessen ihrer Strafe zugeführt werden. Unserer Justiz und den Ermittlungsbehörden kommt daher eine besondere Verantwortung zu.

4. Zivilgesellschaftliches Engagement stärken

Neben der finanziellen Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus und für eine starke Demokratie ist auch eine ideelle Unterstützung erforderlich. Die Rheinland-Pfälzische Landesregierung hat bisher Initiativen gegen Rechts verlässlich unterstützt. Diese Unterstützung ist nicht nur ein klares politisches Bekenntnis. Sie stärkt auch ehrenamtlich Engagierten den Rücken.

→ *Die CDU wird das Engagement und Projekte gegen Rechts weiter fördern und begrüßt ausdrücklich die bereits vorhandenen Programme und Initiativen. Wer sich zivilgesellschaftlich engagiert, verdient den Respekt und die Anerkennung der Gesellschaft. Unsere Demokratie lebt von Frieden und Sicherheit, aber auch von den zahlreichen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern – und die wissen genau, wo vor Ort der Schuh drückt und setzen sich von ganzem Herzen für die Region und die Menschen ein. Dies müssen wir als Gesellschaft in jeglicher*

Hinsicht mehr unterstützen und würdigen. Unsere Demokratie muss auch vor Ort schlagkräftiger und lebendiger gemacht werden – und da wo bereits viel erreicht wurde, muss diese starke Demokratie auch so bleiben.

5. Mit Recht gegen Rechts

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist auch eine Aufgabe des Rechtsstaates. Mit den Mitteln des Rechts kann Rechtsextremismus begegnet werden. Eine zentrale Rolle nehmen dabei die staatlichen Behörden wahr (Ordnungsämter, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte). Diese haben ihre Aufgaben jeweils neutral wahrzunehmen. Sie haben aber auch auf die Einhaltung von Recht und Gesetz hinzuwirken. Rechtsextremismus ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft, der auch mit den Mitteln des Rechts begegnet werden muss.

Zivilgesellschaftliche Initiativen können wichtige Partner im Kampf gegen Rechtsextremismus sein. Wir haben über die letzten Jahre festgestellt, dass sich ein offener und kritischer Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und staatlichen Behörden bewährt. Wichtig ist dabei auf ein partnerschaftliches Miteinander hinzuwirken.

→ *Zunächst einmal verdienen all diejenigen, die sich für uns und unsere Sicherheit einsetzen, unseren Respekt. Im Kampf gegen islamistischen, rechten oder linken Terrorismus ist für die CDU eine enge und entschlossene Zusammenarbeit aller Beteiligten essenziell. Wir werden unsere freiheitliche und demokratische Grundordnung und unsere Art zu leben beschützen - und zwar mit harten, schnellen Strafen und wirksamer Prävention. Für uns ist deshalb auch klar, dass wir nach wie vor zu unserem rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz stehen und diesen stärken möchten.*